

Aktuell
RECHTE UND PFLICHTEN

Klartext
PECH GEHABT

Aktuell
BÜCKEBURG, TEIL 6

Aus dem Parlament
**VOLLZUG OHNE
GEREGELTES MAß**

Aus dem Parlament
OHNE RÜCKENDECKUNG

B

BERICHT AUS DEM LANDTAG

Ausgabe Juni 2016

**CDU-FRAKTION LÄDT 160 SYRER
ZU DISKUSSION MIT PETER
ALTMAIER IN DEN LANDTAG EIN**

**„MIT DEN
MENSCHEN
SPRECHEN,
NICHT ÜBER SIE.“**

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen
und Herren,

Politik ist wichtig. Es macht einen Unterschied, wer in diesem Land regiert. Deshalb sind auch Wahlen wichtig. In dieser Feststellung sind sich die Parteien stets einig. Trotzdem ging in den letzten Jahren das Interesse an politischer Beteiligung immer weiter zurück. Das war an der sinkenden Wahlbeteiligung abzulesen. Damit ist es aber jetzt vorbei. Überall sprechen die Menschen wieder über Politik. Die Deutschen diskutieren über ihr Land und streiten über den richtigen Weg.

Niedersachsen bereitet sich zurzeit auf die Kommunalwahl vor. Alle Parteien suchen Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren und für ein Ratsmandat kandidieren wollen. Nach meiner Erfahrung war es in diesem Jahr leichter als vor fünf Jahren. In meinem Kreisverband hat die CDU mehr Kandidatinnen und Kandidaten gefunden als vor fünf Jahren. Die Menschen merken, dass es jetzt auf sie ankommt. Ein kraftvolles Zeichen für die Volkspartei CDU.

Ich wünsche Ihnen im Namen der CDU-Fraktion einen schönen Sommer.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

„In Deutschland gibt es nicht nur eine Angela Merkel“

CDU spricht mit syrischen Flüchtlingen über Integration

Zuzugszahlen, Integrationsangebote, Jobperspektiven oder Sprachlernklassen – viel wird derzeit diskutiert über Flüchtlinge aus Syrien. Über ihr Schicksal, ihre Situation in Deutschland und ihre Perspektiven. Weniger gesprochen wird indes mit den Flüchtlingen, die bereits ins Land gekommen sind – über ihre Anliegen oder ihre Sorgen. Die CDU-Landtagsfraktion hat das geändert: Gemeinsam mit Peter Altmaier, dem Chef des Bundeskanzleramts und Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung, hat die CDU-Landtagsfraktion im Mai 160 Syrer aus ganz Norddeutschland zur Diskussion „Syrer in Deutschland“ in den Plenarsaal des Niedersächsischen Landtags eingeladen. Eine Veranstaltung, die den Auftakt zu einem intensiveren Austausch zwischen der CDU und Syrern bilden soll.

„Je früher Integration beginnt, desto erfolgreicher kann sie sein.“

Zusammen mit CDU-Fraktionschef Björn Thümler trat Altmaier in den Dialog mit den Gästen, die nahezu einstimmig ihre Dankbarkeit gegenüber Deutschland ausdrückten und vor allem Fragen zu formalen Dingen mitgebracht hatten: Wie etwa zu den langen Wartezeiten bis zur Stellung des Asylantrags oder



Damit alle Teilnehmer der Diskussion folgen konnten, wurden die Reden und Wortmeldungen ins Arabische übersetzt.

der Arbeitserlaubnis, zu fehlenden oder nicht anerkannten Papieren, zur Anerkennung ausländischer Schul- oder Ausbildungsabschlüsse. Thematisiert wurden aber auch mitunter als langsam empfundene Genehmigungen von Deutsch-Sprachkursen, die wiederum eine Aus- und Weiterbildung erschwerten. Sorgen, die sich Altmaier und Thümler geduldig anhörten und die sie mit Blick auf die zum Teil schwierigen Registrierungs- und Unterbringungsverhältnisse in einzelnen Bundesländern erklären konnten.

Einig waren sich dabei beide CDU-Politiker: Je früher Integration beginnt, desto erfolgreicher kann sie sein. Dass Deutschland wesentliche Voraussetzungen für eine gelungene Integration besitzt, stellte Altmaier bei der Gelegenheit auch klar: „Es sind genügend Arbeitsplätze da, wirtschaftlich können wir es schaffen, Sie alle hier zu integrieren.“ Thümler ergänzte: „Alle, die in Deutschland eine Bleibeperspektive erhalten, müssen wir auf ihrem Weg in unsere Gesellschaft begleiten. Aber auch jene, die unser Land freiwillig wieder verlassen, wenn in ihrer Heimat wieder Frieden und Sicherheit herrschen, sind Mitbürger, die unsere besondere Zuwendung verdienen.“



160 Syrer aus ganz Niedersachsen waren angereist, um die Gelegenheit zu nutzen, zum Teil auch ganz persönliche Anliegen und Sorgen vorzutragen.



Geduldig beantworteten Peter Altmaier und Björn Thümler die zahlreichen Fragen. Wer im Rahmen der Veranstaltung nicht an die Reihe kam, konnte sein Anliegen schriftlich einreichen - die Fraktion bemüht sich um eine zeitnahe Beantwortung per E-Mail.

„Nicht über, sondern mit den Menschen sprechen.“

Wichtig sei es, betonte Altmaier, dass syrische Menschen in Deutschland nicht Jahre dadurch verlören, dass sie auf eine Rückkehr warteten. Und: „Wir wollen vermeiden, dass sich in der Bevölkerung Ressentiments gegenüber Flüchtlingen verstärken, wenn diese nicht in Gesellschaft und Arbeitsmarkt integriert sind. Wir wollen eine vorausschauende Integrationspolitik leben. Die Grundlagen hierfür sind Sprache, Bildung und Beruf.“

Noch immer bliebe die zugewanderte Bevölkerung zu oft außen vor, wenn in der Politik über die Gestaltung unserer Gesellschaft gesprochen werde. „Mitsprache und gesellschaftliche Mitverantwortung sind aber der Kitt, der uns zusammenhält. Wir wollen nicht über, sondern mit den Menschen sprechen und vor allem gemeinsam die Zukunft gestalten“, sagte Altmaier, der wie Thümler die Anwesenden auch an ihre Pflichten erinnerte. So müssten geltende Gesetze eingehalten und gesellschaftliche Regeln von Flüchtlingen akzeptiert werden, beispielsweise die Gleichstellung von Mann und Frau, wie Altmaier anschaulich erklärte: „Angela Merkel ist dafür das beste Beispiel. Und in Deutschland gibt es nicht nur eine Angela Merkel, jeder hat eine.“

Liebe Parteifreundinnen und -freunde,
am letzten Samstag waren wir - vier syrische Flüchtlinge (Frau Rozalin Hesso und Herr Alaa Akash aus der Gemeinde Twist, Frau Galnar Hanhoun und Frau Georgette Hanhoun aus Meppen) und ich als Betreuer - in Hannover auf der CDU-Veranstaltung „Syrer in Deutschland“.

Ein kurzes Fazit:

1. Unser einhelliges Urteil: der Dialog war ein voller Erfolg“
2. „für unsere Syrer: dass die CDU sich in dieser Weise um sie kümmert und bemüht ist, ihre Sorgen und Wünsche ernst zu nehmen, hat sie angenehm überrascht und sehr gefreut.
3. „für mich: ich habe viel gelernt, insbesondere von Bundeskanzleramtschef Peter Altmaier und seinem Eingehen auf die durchaus auch kritischen Fragen und Anmerkungen aus dem Publikum.
4. Den Appell von Peter Altmaier - „Werden Sie aktiv, engagieren Sie sich, nehmen Sie Ihre Sache in die eigenen Hände, gründen sie lokale Netzwerke“ - haben wir auf der Rückfahrt diskutiert. Wir sind alle dafür.

(...)

Mit besten Grüßen
Willi Rümper

Diese E-Mail eines Teilnehmers erreichte die CDU-Fraktion kurz nach der Veranstaltung.

AKTUELL

RECHTE UND PFLICHTEN

Verhandlungen über Islamvertrag trotz Annäherung weiter schwierig – CDU-Fraktion legt Forderungskatalog vor

Rechte und Pflichten für beide Seiten – so lautet die Kernforderung der CDU-Landtagsfraktion im Hinblick auf die Verträge des Landes Niedersachsen mit den muslimischen Verbänden und der Alevitischen Gemeinde. „Nur wenn das gewährleistet ist, macht der Abschluss solcher Verträge aus unserer Sicht Sinn“, betont CDU-Fraktionschef Björn Thümler.

Mit Blick auf die letzte Gesprächsrunde mit dem Ministerpräsidenten, den Vertretern von DITIB und Schura sowie den Spitzen der Landtagsfraktionen am 14. Juni sagt Thümler: „Die Verhandlungen sind trotz Annäherungen weiterhin schwierig – es gibt noch Gesprächsbedarf. Wir erwarten, dass die Landesregierung jetzt einen neuen Vertragsentwurf vorlegt, der unsere Forderungen in vollem Umfang aufgreift.“

Religiösen Fundamentalisten entschieden entgegenzutreten

Ihre Bedingungen für einen möglichen Vertragsabschluss hat die Fraktion in einem 14-Punkte umfassenden Positionspapier formuliert. Neben der Festlegung konkreter Rechte und Pflichten für beide Vertragspartner, müsse vor allem die Integration im Mittelpunkt der Verträge stehen, heißt es in dem CDU-Papier. Thümler: „Die Verträge müssen eine konkrete Selbstverpflichtung der Verbände zur Integration zugewanderter Muslime und Aleviten enthalten.“ Darüber hinaus müssten sich die Verbände dazu bekennen, religiösen Fundamentalisten entschieden entgegenzutreten. „Religiösen Hasspredigern darf in Moscheen kein Forum geboten werden“, so der CDU-Fraktionschef.

Auf die Einrichtung von „Räumen der Stille“ in Schulen soll aus Sicht der CDU im Sinne einer guten Integration ebenso verzichtet werden, wie auf den Ruf des Muezzins, der von Moscheen ausgeht. „Die vertraglichen Regelungen dürfen grundsätzlich nicht dazu führen, die muslimische und alevitische Bevölkerung gegenüber den Angehörigen anderer Bekenntnisse und Glaubensgemeinschaften zu bevorteilen“, betont Thümler. „Das würde dem im Grundgesetz verankerten Gleichbehandlungsgrundsatz widersprechen.“

Religionsfreiheit ist nicht verhandelbar

Nicht verhandelbar ist für die CDU das Thema Religionsfreiheit. „In Deutschland entscheidet jeder Mensch frei und unabhängig über seine Religionszugehörigkeit. Die Verbände müssen ausdrücklich anerkennen, dass auch Muslime und Aleviten das Recht haben zu konvertieren oder ihre Religion abzulegen, ohne dass sie Repressalien oder Verfolgung fürchten müssen“, sagt der CDU-Fraktionschef. Über diesen Punkt



Björn Thümler, MdL – Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

könne es keinerlei Diskussionen geben. Genauso wenig, wie über die Aufforderung an die Verbände, unabhängig zu agieren. Thümler: „Die Verbände müssen nachvollziehbar sicherstellen, dass ihr Handeln in Niedersachsen nicht von ausländischen Regierungen beeinflusst wird.“

In den weiteren Verhandlungen geht es laut Thümler vor allem um Gründlichkeit. „Verträge dieser Tragweite macht man nicht mal so nebenbei. Das Vertragswerk muss eine solide Grundlage haben, die die Positionen aller religiösen und gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigt. Sonst kommt man aus dem Nachbesserungsmodus nie heraus. Ich habe immer gesagt, dass in diesem Fall Sorgfalt vor Eile geht, und dabei bleibt es auch.“ Ein neuer Vertragsentwurf werde zunächst in der Fraktion diskutiert und zur Prüfung dem Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtages vorgelegt. „Ob der Vertrag dann Unterstützung der Fraktion findet, muss sich zeigen“, so Thümler.

Das Positionspapier zu den Verträgen mit den muslimischen Verbänden und der Alevitischen Gemeinde Deutschlands e.V. finden Sie auf der Internetseite der CDU-Fraktion unter: www.cdu-fraktion-niedersachsen.de/wp-content/uploads/PM_220_Th%C3%BCmler_Anlage_Positionspapier.pdf



In ihrem Positionspapier fordert die CDU unter anderem eine Selbstverpflichtung der Verbände und der ihnen angehörenden Moscheevereine, freiwillig auf den Ruf des Muezzins zu verzichten, um die Akzeptanz für den Moscheebau zu stärken.

Foto: dpa

KLARTEXT:

PECH GEHABT

von Kai Seefried

„In einem Betrieb wird im Produktionsprozess ein Gas verbraucht. Dazu wird das benötigte Gas durch eine Leitung aus dem Gastank in die Produktionsstätte geleitet. Das hierbei pro Zeit durch die Leitung strömende Gas wird als Gasstrom bezeichnet, Dieser wird in Litern pro Stunde (L/h) gemessen, die Zeit in Stunden (h). Der Arbeitstag in dem Betrieb dauert 14 Stunden, am Ende des Arbeitstages wird das Ventil des Gastanks geschlossen. (...)“

Nur Bahnhof verstanden? Genauso ging es vielen niedersächsischen Abiturienten, als sie diesen Aufgabentext in der diesjährigen Mathe-Abi-Klausur gelesen hatten. Zu schwer, zu kompliziert und zu lang – so lautete die einhellige Kritik der aufgebrauchten Schüler. Das Kultusministerium lenkte schließlich ein und kündigte an, den Bewertungsmaßstab anzuheben.

Was soll die ganze Aufregung, mag sich so mancher denken. Schließlich beklagen Schüler seit jeher, dass Klausuren und Klassenarbeiten zu schwierig waren, wenn sie schlecht abschneiden. In diesem Fall ist die Sachlage jedoch eine andere. Denn wenn der überwiegende Teil der Schüler mit der Aufgabenstellung überfordert ist, ist das einfach nicht fair. Schließlich geht es um die bis zu diesem Zeitpunkt wichtigste Prüfung in ihrem Leben. Die Aufregung und der Ärger, wenn man trotz guter Vorbereitung keine Chance hat, eine gute Note zu erzielen, sind da absolut verständlich.

Unfair ist auch der Lösungsweg, für den sich Kultusministerin Heiligenstadt letztlich entschieden hat. Vor allem für die Schüler, die in der Klausur ohnehin schlecht abgeschnitten haben, ist die Entscheidung der Ministerin mehr als bitter. Denn ihre Noten werden sich durch die Anhebung des Bewertungsmaßstabes kaum verbessern. Für sie gilt offenbar schlicht: Pech ge-



Kai Seefried, MdL – schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

habt. Ob nun eine 6 oder eine 5- unter ihrer Arbeit steht, dürfte den betroffenen Schülern herzlich egal sein. Ganz zu schweigen von all denjenigen, die aus purer Verzweiflung vorzeitig abgegeben haben – sie fallen bei dieser Regelung gänzlich durchs Raster.

Fest steht: Der Name Heiligenstadt wird ab jetzt nicht nur mit dem OVG-Urteil zur Lehrerarbeitszeit und einer historisch niedrigen Unterrichtsversorgung in Verbindung gebracht werden, sondern auch mit dem bislang schlimmsten Patzer im niedersächsischen Zentralabitur: Zum ersten Mal in einem Jahrzehnt musste nachgesteuert werden. Das Ministerium unter Führung von Kultusministerin Heiligenstadt hat die mangelhafte Aufgabenstellung selbst zu verantworten.

Das darf nicht noch einmal passieren, denn unser Zentralabitur hatte bislang einen sehr guten Ruf. Jetzt ist die Aufarbeitung der geschehenen Fehler bei der Vorbereitung des Abiturs wichtig. Die Kultusministerin muss dafür sorgen, dass die Qualitätskontrolle der Aufgaben künftig im Zentralabitur wieder richtig funktioniert.

Übrigens: Bei dem eingangs zitierten Aufgabentext geht es um eine Kurvendiskussion. Wer hätte es gedacht...

AKTUELL

BÜCKEBURG, TEIL 6

PUA zu möglichen Sicherheitslücken in der Islamismusbekämpfung verfassungswidrig ausgeweitet – CDU und FDP klagen erneut vor Staatsgerichtshof

Es ist ein trauriger Rekord: Bereits zum sechsten Mal in drei Jahren ist die CDU-Landtagsfraktion gezwungen, wegen Verstößen von SPD und Grünen gegen die Verfassungsrechte vor den Niedersächsischen Staatsgerichtshof zu ziehen. Für die mitklagende FDP ist es bereits der vierte Gang nach Bückeburg. Hintergrund ist die verfassungswidrige Ausweitung des 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zu Sicherheitslücken in der Bekämpfung des Islamismus in Niedersachsen. SPD und Grüne hatten den Untersuchungszeitraum mit Hilfe ihrer Einstimmenmehrheit im Landtag gegen den Willen von CDU und FDP unzulässig ausgedehnt.

„Ein Untersuchungsausschuss ist das Königsrecht der Opposition“, sagt der Parlamentarische Geschäftsführer und Obmann der CDU-Fraktion im PUA, Jens Nacke. „Er dient der parlamentarischen Kontrolle der Regierung durch die Opposition. Wenn die regierungstragenden Fraktionen ihre Stimmmehrheit einsetzen, um den Untersuchungszeitraum von der aktuellen Landesregierung auf die Vorgängerregierung auszudehnen, wird dieses Instrument ad absurdum geführt.“

Gravierende Defizite bei der Abwehr terroristischer Bedrohungen

CDU und FDP hatten den PUA nach der Messerattacke der 15-jährigen Safia S. auf einen Bundespolizisten am Hannoverschen Hauptbahnhof gemeinsam beantragt. „Die verschiedenen Vorfälle in Niedersachsen mit islamistischem Hintergrund in der jüngsten Vergangenheit – darunter auch das abgesagte Fußball-Länderspiel in Hannover – haben deutlich gemacht, dass es in diesem sensiblen Bereich bei der rot-grünen Landesregierung gravierende Defizite gibt“, erklärt Nacke. „Der Rechtsstaat muss aber in der Lage sein, seine Bürger gegen jede Form des Terrors zu schützen.“ Neben der Frage nach möglichen Versäumnissen sollen deshalb die Aufklärung terroristischer Aktivitäten und die Abwehr von Gefahren im Mittelpunkt des Untersuchungsausschusses stehen.

Die Zeit drängt, denn die Terrorgefahr in Europa ist unverändert hoch. Umso wichtiger wäre es eigentlich, potentielle Lücken in der Terrorabwehr so schnell wie möglich zu identifizieren und zu beseitigen. SPD und Grüne wollen sich stattdessen allgemein mit dem Syrienkonflikt und seinen Auswirkungen auf Niedersachsen befassen. Nacke: „Die Ausweitung des Untersuchungszeitraums bedeutet vor allem Verzögerung: Es werden mehr Zeugen gehört und mehr



Jens Nacke, MdL – Parlamentarischer Geschäftsführer und Obmann der CDU-Landtagsfraktion im 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zu Sicherheitslücken in der Bekämpfung des Islamismus in Niedersachsen

Akten bereitgestellt werden müssen. Ein Mehraufwand, der dem Ziel des Untersuchungsausschusses zuwider läuft.“

Rot-Grün versucht Ausschussarbeit mit allen Mitteln zu blockieren

Doch nicht nur die Ausweitung bremst den PUA aus – von Anfang an hat Rot-Grün kaum eine Gelegenheit ausgelassen, die Arbeit des Ausschusses zu blockieren. Schon das Erstellen einer Zeugenliste durch das Innenministerium dauerte mit mehr fast vier Wochen überdurchschnittlich lange. Auch die Debatte über die Einrichtung eines den Sicherheitsanforderungen für die Befragung von Geheimnisträgern entsprechenden Raumes verlangsamt die Ausschussarbeit unnötig. Nacke: „Das Innenministerium verfügt über entsprechende Räumlichkeiten, weigert sich aber sie uns zur Verfügung zu stellen.“ Stattdessen müsse jetzt ein Raum im Landtag für viel Geld entsprechend hergerichtet werden. Akteneinsicht und Zeugenvernehmung verzögern sich dadurch bis September. „Man wird den Eindruck nicht los, dass SPD und Grüne alles daran setzten, die Befragung von Verfassungsschutzchefin Brandenburger möglichst lange hinauszuschieben. Offenbar hält man sie für das schwächste Glied in der Kette“, mutmaßt Nacke. Den Antrag der CDU, Brandenburger als erste Zeugin zu vernehmen, hat Rot-Grün jedenfalls abgelehnt.

Unterdessen hat der Generalbundesanwalt bestätigt, dass die Entscheidung von CDU und FDP, einen PUA zu beantragen, unumgänglich war. Aus seiner Sicht können die Akten zum Fall Safia S. und zu anderen Ermittlungsverfahren gegen Islamisten aus Niedersachsen allein dem Untersuchungsausschuss und keinem anderen Ausschuss zur Verfügung gestellt werden. „Ohne den PUA würden wir in diesem Fall keinen Schritt weiter kommen“, betont Nacke.

AUS DEM PARLAMENT

VOLLZUG OHNE GEREGETES MAß

Reformpläne der Sozialministerin für den Maßregelvollzug reichen aus Sicht der CDU bei weitem nicht aus

Immer wieder nutzen gefährliche Straftäter, die wegen psychischer Erkrankungen oder Drogenabhängigkeit im niedersächsischen Maßregelvollzug untergebracht sind, Vollzugslockerungen zur Flucht. Nicht selten begehen sie erneut Straftaten. Mit fatalen Folgen: Eine Frau in Bad Rehburg musste die Sicherheitslücken im Vollzug bereits mit dem Leben bezahlen, in einem anderen Fall wurde eine Rentnerin in ihrer Wohnung in Wunstorf schwer verletzt. Für die CDU-Landtagsfraktion ein unhaltbarer Zustand. Im Maßregelvollzug steht, anders als im Strafvollzug, nicht die Bestrafung, sondern die Behandlung von psychischen oder Suchterkrankungen der einsitzenden Straftäter im Vordergrund. Ziel ist die Wiedereingliederung in ein selbständiges Leben. Eingewiesen werden Täter, die von den Gerichten als nicht oder vermindert schuldig eingestuft werden. Der CDU-Landtagsabgeordnete Volker Meyer stellt klar: „Trotz des therapeutischen Ansatzes im Maßregelvollzug bleiben die dort untergebrachten Personen Straftäter. Die Einschätzung von SPD und Grünen, es handle sich vorrangig um ‚Patienten‘ – blendet aus, dass diese Personen schwerwiegende Straftaten begangen haben und die Allgemeinheit vor ihnen geschützt werden muss.“

Sozialministerin reagiert viel zu spät

Immer wieder sorgen in der Amtszeit von Sozialministerin Rundt zum Teil spektakuläre Fluchten aus dem Maßregelvollzug für Aufsehen. Die CDU-Fraktion hat deshalb bereits vor Monaten eine umfassende Überprüfung des Umgangs mit gefährlichen Straftätern gefordert. Doch die Sozialministerin ließ sich Zeit – zu lange, wie die Fälle Bad Rehburg und Wunstorf zeigen. Anfang Juni kündigte sie schließlich an, den Maßregelvollzug reformieren zu wollen. Geplant sind demnach unter anderem die Einrichtung eines zentralen Kompetenzzentrums zur Überprüfung der Lockerungsmaßnahmen und spezielle Sicherheitstrakte für Schwerverbrecher.

Aus Sicht der CDU reicht das jedoch bei weitem nicht aus. Meyer: „Im Hinblick auf die Gewährung von Vollzugslockerungen muss der komplette Ablauf verändert werden.“ So fordert die Fraktion beispielsweise, dass die Experten in den Prognoseteams ihre Einschätzungen zu Lockerungsmaßnahmen künftig unabhängig



Volker Meyer, MdL – Abgeordneter der CDU-Landtagsfraktion

voneinander abgeben sollen - anschließend sollen die Gutachten gemeinsam beraten und von Juristen geprüft werden. Irrtümliche Lockerungen sollen so vermieden werden.

Mangelnde Umsetzung bestehender Gesetze

Für problematisch hält Meyer auch den Umgang mit Straftätern, die sich als therapieunwillig oder -unfähig erweisen: Statt zurück in den Justizvollzug, werden sie oft einfach in eine andere Maßregelvollzugsanstalt verlegt. „Es kann nicht sein, dass Straftäter weiter im Maßregelvollzug bleiben, wenn sich bereits deutlich gezeigt hat, dass die therapeutischen Maßnahmen bei ihnen nicht anschlagen“, betont Meyer. Um Straftäter während einer Lockerung bei Bedarf besser überwachen zu können, fordert die CDU-Fraktion den Einsatz elektronischer Fußfesseln zu ermöglichen. „Die Fußfessel gewährleistet eine lückenlose Überwachung und hält Straftäter nachweislich von weiteren Verbrechen ab“, sagt Meyer. Die Idee der Sozialministerin, Straftäter bei Lockerungen mit Handys auszustatten, damit sie in Krisensituationen einen Therapeuten anrufen können, hält Meyer hingegen für Unsinn. „Es ist absurd zu glauben, dass ein aggressiver Verbrecher unter Stress eher zum Telefon greift, als gewalttätig zu reagieren“, sagt Meyer. „Rundt hat immer noch nicht verstanden, wie sehr das öffentliche Vertrauen unter den zahlreichen Vorfällen gelitten hat. Vom Leid der Opfer und ihrer Angehörigen ganz zu schweigen. Umso wichtiger wäre es jetzt, dass sich Rot-Grün ohne Vorbehalt mit unseren Forderungen auseinandersetzt.“

AUS DEM PARLAMENT OHNE RÜCKENDECKUNG

Die Arbeitsbelastung der Polizei steigt immer weiter, doch auf Unterstützung durch Rot-Grün warten die Beamten vergebens

Zahllose Demonstrationen, Risikospiele in der Bundesliga, steigende Einbruchskriminalität und nicht zuletzt die wachsende Bedrohung durch den islamistischen Terror – Niedersachsens Polizei operiert inzwischen permanent an der Belastungsgrenze. Die Mehrarbeit erreicht ungekannte Ausmaße: 1,4 Millionen Überstunden haben die Polizisten bereits angehäuft. Doch die rot-grüne Landesregierung präsentiert keine ernstzunehmenden Lösungsansätze. „Seit Rot-Grün regiert, herrscht bei der Polizei Stillstand“, kritisiert der polizeipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Adasch.

Landesregierung verkennt Arbeitsbelastung

„SPD und Grüne haben keine Vorstellung davon, wie sehr unsere Polizisten inzwischen belastet sind“, sagt Adasch und bezieht sich damit auf die Antwort der Landesregierung auf die CDU-Anfrage zur Arbeitsbelastung der Polizei. Demnach wird die derzeitige Personalstärke „grundsätzlich als angemessen“ betrachtet. Dabei spricht die Einsatzstatistik der Bereitschaftspolizei eine vollkommen andere Sprache. Allein durch Einsätze in anderen Bundesländern sind 500.000 Überstunden aufgelaufen. Im Gegensatz dazu haben Kräfte anderer Länder nur 10.000 Einsatzstunden in Niedersachsen geleistet. „Es ist offensichtlich, dass einige andere Länder versuchen, ihre Personalkürzungen auf Kosten Niedersachsens auszugleichen. Dass Rot-Grün dieses Spiel auf dem Rücken der niedersächsischen Polizei mitmacht, zeigt, wie gering der Stellenwert der Polizeiarbeit unter dieser Landesregierung ist“, betont Adasch.

Rot-Grün redet kleinste Erfolge schön

Zwar ist die Zahl der Überstunden nach Auskunft der Landesregierung mit 180.000 Stunden leicht zurückgegangen. Das ist jedoch kein rot-grüner Verdienst, wie Adasch erklärt: „Die Überstunden wurden ausgezahlt. Möglich war das aber nur, weil die CDU-Fraktion vorher die nötigen Gelder im zweiten Nachtragshaushalt herausgehandelt hat.“ Das Problem der massenhaften Überstunden wird damit jedoch genauso wenig gelöst wie durch die Einstellung neuer Polizeianwärter. „Die Neueinstellungen werden gerade einmal ausreichen, die altersbedingten Abgänge in den nächsten Jahren auszugleichen. Eine wirkliche Verteilung der Last auf mehr Schultern gibt es nicht“, betont Adasch.

Polizeifeindlichkeit statt Unterstützung

Als wenn die massenhaften Überstunden noch nicht Belastung genug wären, sind Niedersachsens Polizisten zusätzlich der polizeifeindlichen Haltung des grünen Koalitionspartners und immer neuen Gängelungsversuchen ausgesetzt: „Erst die ‚Beschwerdestelle‘, dann die Forderungen zur Kennzeichnungspflicht der Beamten und zuletzt die Parteitagsforderung, künftig bei Demonstrationen keine Polizeipferde und -hunde mehr einzusetzen, – die Grünen lassen nichts unversucht, unseren Polizisten das Leben schwer zu machen“, sagt Adasch.

Die Frage, wie die Polizei angesichts der fehlenden Rückendeckung im Wettbewerb um motivierten und qualifizierten Nachwuchs auf dem Arbeitsmarkt bestehen soll, lässt die Landesregierung hingegen unbeantwortet. „Es ist höchste Zeit, dass Rot-Grün endlich für Entlastung bei der Polizei sorgt“, sagt Adasch. „Dazu ist es nicht nur nötig, endlich unserer Forderung nachzukommen und umgehend 1.000 weitere Polizisten einzustellen. Vor allem muss Innenminister Pistorius endlich die Grünen zur Ordnung rufen.“



Thomas Adasch, MdB – polizeipolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion



Überstunden ohne Ende: Insbesondere die Bereitschaftspolizei ist im Dauereinsatz – häufig in anderen Bundesländern, wie hier bei einer Demonstration in Frankfurt.

Foto: picture alliance/ dpa

TERMINE

16. Juni
Fachgespräch zu aktuellen Fragen der Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes

23. Juni – 3. August
Sommerferien in Niedersachsen

17. – 19. August
Plenum des Niedersächsischen Landtags

IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:
Jens Nacke MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:
Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Philip Ossenkopp
Telefon (05 11) 3030-4119
bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook
<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>